



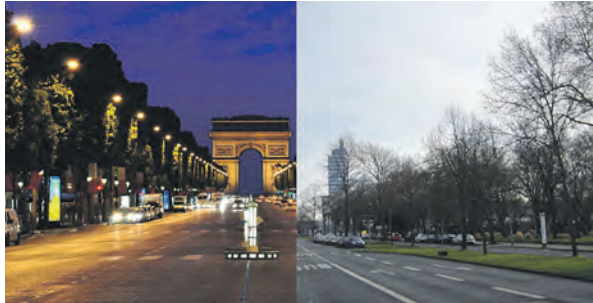
Wohnt Herr Link in der gleichen Stadt wie wir?



Martina Ammann-Hilberath
Vorsitzende der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ Der Duisburger Oberbürgermeister Sören Link hat in einem ausführlichen Zeitungsinterview ein rosarotes Bild über die Verhältnisse in der Stadt Duisburg gemalt. Diese Art der Schönfärberei hält DIE LINKE für gefährlich und sieht sich zu einer Richtigestellung genötigt.

Herr Link weist der Stadt Duisburg in dem Interview aktuell einen Platz im Mittelfeld der ersten Liga zu und lobt die positive Entwicklung der Stadt. Zeitgleich werden allerdings wieder einmal Zahlen und Statistiken veröffentlicht, die diese Aussagen widerlegen. Laut der aktuellen Studie des iw (Institut der deutschen Wirtschaft) gehört die Region Duisburg/Essen gemeinsam mit Bremerhaven und der Region Emscher-Lippe zu den Schlusslichtern mit Blick auf die Wirtschaft. Somit gehört Duisburg zu den schlech-



Anspruch und Wirklichkeit

testen drei Regionen von deutschlandweit 96 untersuchten Regionen. Wenn wir also bei der Fußballmetapher des Oberbürgermeisters bleiben möchten, spielen wir nicht im Mittelfeld der ersten Liga sondern stehen auf einem Abstiegsplatz in der fünften Liga. Bei der Überschuldung privater Haushalte belegt Duisburg den 394. von 401 Plätzen.



Der Oberbürgermeister lobt die gute Entwicklung der Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen und vergisst, dass

die Arbeitslosenquote trotz guter Konjunktur immer noch zweistellig ist. ThyssenKrupp stellt den Fortbestand des Grobblechwerks in Duisburg-Hüttenheim mit über 800 Beschäftigten währenddessen gerade öffentlich in Frage. Außerdem erklärt der Oberbürgermeister, dass es in Duisburg ‚vergleichsweise viel bezahlbaren und guten Wohnraum gibt.

Dass in weniger als zehn Jahren mehr als ein Drittel aller Sozialwohnungen weggefallen ist und der bezahlbare Wohnraum oftmals in miserablen Zustand ist, scheint bei dieser Aussage keine Rolle zu spielen. Wenn wir uns jetzt auch noch anschauen, dass in Duisburg über 250 Lehrerplätze nicht besetzt sind und sich die Situation dem Vernehmen nach nicht ändern wird, fragt man sich schon, ob der Oberbür-

germeister tatsächlich in der gleichen Stadt wohnt wie wir.

Uns liegt überhaupt nichts daran Duisburg in ein besonders negatives Licht zu rücken. Im Gegenteil, wir sind überzeugt, dass Duisburg das Potential zu einer erstklassigen Stadt hat. Daran müssen wir allerdings alle gemeinsam arbeiten. Wir wissen auch, dass der Großteil der Probleme Duisburgs nicht hausgemacht ist, sondern den Ursprung in der verfehlten Bundes- und Landespolitik hat. Es ist allerdings völlig kontraproduktiv, Augenwischerei zu betreiben, Probleme klein zu reden oder zu verschweigen und somit keinen Zentimeter von der Stelle zu kommen. Hier ist es die Verantwortung der Stadtspitze und der Politik massiv Druck auf Landes- und Bundesebene auszuüben, um Verbesserung für Duisburg zu bewirken. Wenn allerdings öffentlich erklärt wird, dass eigentlich schon alles super ist in Duisburg, dann klingt das für viele Duisburgerinnen und Duisburger wie reiner Hohn.

Späte Ehrung für den Reichstagsabgeordneten Matthias Thesen



Herbert Fürmann
für DIE LINKE im Ausschuss
Stadtplanung und Verkehr

■ Die Bezirksvertretung Hamborn hat auf der Sitzung am 5. September beschlossen, im neuen Gewerbegebiet Friedrichspark (ehem. Schacht Fritz Thyssen 2/5) eine Straße nach dem ehemaligen Hamborner KPD-Stadtverordneten und Reichstagsabgeordneten Mathias Thesen zu benennen.



Bereits vor knapp 20 Jahren gab es erste Versuche des Bezirksvertreters Herbert Fürmann (damals für das mit der PDS befreundete Duisburger Bündnis - DUBB), den von den Nationalsozialisten umbrachten Politiker zu ehren. Nachdem der Versuch die Straße "Hinter dem Rathaus" umzubenennen gescheitert war, gab es 2005

den Antrag „bei nächster Gelegenheit“ eine neue Straße oder einen neuen Platz im Stadtbezirk nach Thesen zu benennen. Leider konnten sich die anderen Parteien erst jetzt dazu durchringen, dem nachzukommen. In der DDR wurde ihm zu Ehren die 1946 gegründete große Schiffswerft VEB Mathias-Thesen-Werft Wismar benannt, heute Teil der MV Werften

Wer war Mathias Thesen?

M. Thesen ist eine bekannte Persönlichkeit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung der zwanziger Jahre. Er kämpfte, wie so viele in jener Zeit, gegen die aufsteigende Nazi-Diktatur. Nach seiner Verhaftung machte er bis 1944 die Hölle der Lager durch und wurde im Oktober 1944 im KZ Sachsenhausen erschossen. Mathias Thesen, geboren am 29.04.1891 in Trier, arbeitete zunächst als Hüttenarbeiter, bevor er in den Bergbau wechselte. Teilnehmer an der Novemberrevolution, wurde er später

Betriebsratsvorsitzender des Hafens Betriebs Walsum und führendes Mitglied der KPD, die in jenen Jahren eine außerordentlich starke Basis im niederrheinischen Bergarbeiter- und Industriemilieu hatte. Er wurde in die Stadtverordnetenversammlung der damals noch selbständigen Stadt Hamborn gewählt und Mitte der zwanziger Jahre Vorsitzender der KPD-Fraktion. In der Stadtverordnetenversammlung setzte er sich besonders für die Interessen der Jugend, der Erwerbslosen und den Erhalt der Rheinaue als Sport- und Freizeitgebiet ein.

1928 wurde Mathias Thesen zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Nach dem Zusammenschluss von Duisburg und Hamborn wurde er 1. Sekretär des neuen KPD-Unterbezirks Duisburg-Hamborn.

Nach der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegen die Nazibewegung und der Errichtung des „Dritten Reichs“ wurde Thesen, wie so

viele Aktive der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in sog. „Schutzhaft“ genommen, in der er – verbunden mit täglichen Schikanen und Demütigungen – jahrelang festgehalten wurde. Zeitzugenen haben ihn dann im März 1937 im Lager II Aschendorfermoor wieder getroffen. Kurze Zeit später wurde er in das KZ Sachsenhausen überführt.

Dort wurde er am 11.10.1944 zusammen mit 26 weiteren Inhaftierten durch Maschinengewehrsalven hingerichtet, nachdem ihre Widerstandsaktivitäten aufgefliegen waren.





Michael Dubielczyk
für DIE LINKE
im Sportausschuss

Endlich ein Sportstättenkataster für Duisburg?

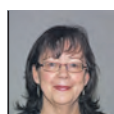
■ **DIE LINKE kritisiert den Investitionsstau bei den Sportstätten in Duisburg und fordert ein umfassendes Sportstättenkataster. Die Sporthallen und -anlagen sowie Schwimmbäder in Duisburg sind in einem zunehmend schlechten Zustand.**

Wie hoch der Modernisierungsbedarf allerdings wirklich ist, bleibt unklar. Zurzeit haben weder Verwaltung noch Politik einen Überblick über die Sportstätteninfrastruktur und den tatsächlichen Investitionsbedarf. Obwohl bereits bei der 2011 vorgelegten "Integrierten Sportentwicklungsplanung" dringend auf die Erarbeitung eines Sportstättenkatasters hingewiesen wurde, liegt uns acht Jahre später immer noch nichts vor.



Daher beantragte DIE LINKE am 10.09.2019 im Sportausschuss die Erarbeitung eines tatsächlich aussagekräftigen Sportstättenkatasters. Demnach sollte in dem Verzeichnis der Bauzustand jeder einzelnen Anlage erfasst werden. Zudem sollte das Sportstättenkataster unter anderem mit einem Zeit- und Kostenplan für die Modernisierung der Sportstätten versehen werden. Auf dieser Grundlage können die Mandatsträger*innen transparente und für jeden nachvollziehbare Entscheidungen über Investitionen treffen. Wir wollen wissen, wie hoch die Sanierungs- und Modernisierungskosten für die einzelnen Sportstätten sind und wann diese Investitionen durchgeführt werden müssten. Es wird Zeit, den Investitionsrückstand endlich anzugehen. Ein erster Schritt dazu ist die Veröffentlichung eines aussagekräftigen Sportstättenkatasters. Die Verwaltung hat in der Sitzung zugesagt, dass im kommenden Jahr ein Kataster vorgelegt wird. DIE LINKE wird genau beobachten, ob die von uns geforderten Kriterien auch wirklich aufgenommen werden.

Ein 365-Euro-Ticket für Duisburg



Martina Ammann-Hilberath
Vorsitzende der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ **Um den Klimawandel zu bekämpfen, brauchen wir eine Abkehr vom motorisierten Individualverkehr und einen deutlichen Ausbau des ÖPNV und Radverkehrs in Duisburg. Mit den von der Bundesregierung vorgelegten - völlig unzureichenden - Eckpunkten für das Klimaschutzprogramm 2030 sollen nun auch 10 Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV unterstützt werden. Konkret wird in dem Paket die Einführung von 365-Euro-Jahrestickets genannt.**

Gerade Duisburg als hoch verschuldete und unterfinanzierte Stadt ist darauf angewiesen alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um Fördermittel für die Verkehrswende u.a. für die Anschaffung neuer Busse und Bahnen zu bekommen. Vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE den Antrag gestellt, dass sich Duisburg um Fördermittel im Rahmen

des Klimaschutzpaketes bemüht, um die Einführung des 365-Euro-Tickets zu ermöglichen. Der Oberbürgermeister wird in dem Antrag aufgefordert, alle möglichen und notwendigen Schritte zu unternehmen, damit Duisburg an diesem Modellprojekt teilnehmen kann.



Das Ticket kann die Bereitschaft den ÖPNV zu nutzen deutlich erhöhen und somit für das Umsteigen vieler Menschen vom PKW auf den ÖPNV sorgen. Dies wäre ein erster wichtiger

Schritt in Richtung ökologischer Wende.

Nachdem sich die Linksfraktion bereit erklärte den Antrag auf Wunsch der SPD in einen Prüfantrag umzuwandeln, wurde er mit deutlicher Mehrheit, nur gegen die Stimmen von Junges Duisburg, angenommen. Dies ist ein großer Erfolg für die Linksfraktion und eine Zukunftsperspektive für die Verbesserung des ÖPNV in Duisburg und den Kampf gegen den Klimawandel.

DIE LINKE wird weiter für eine deutliche Verbesserung beim ÖPNV eintreten. Gelingen kann eine Verkehrswende nur, wenn nicht nur die Kosten für Nutzung des ÖPNV gesenkt werden, sondern auch eine deutliche Verbesserung des Angebots erreicht wird. Es bedarf einer flächendeckenden Anbindung aller Teile Duisburg und ein dicht getaktetes Bus- und Bahnnetz. In einem weiteren Schritt muss die Nutzung des ÖPNV-Angebotes solidarisch finanziert werden, sodass die Kostenbelastung noch deutlicher gesenkt wird.

Verschleiern, verhindern, vergessen: So sieht dann die Klimaoffensive der Duisburger Groko aus!



Detlef Feldmann
für DIE LINKE
im Umweltausschuss

■ **DIE LINKE will einen konkreten Beitrag gegen den Klimawandel leisten und hat daher mehrere Anträge in den letzten Umweltausschuss eingebracht, die allesamt von der GroKo abgelehnt wurden. DIE LINKE setzt auf die Verbreitung umweltfreundlicher Energieträger in Duisburg und forderte daher die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen an geeigneten Böschungen des Hafens und der Kanäle.**

Damit eine bessere Wässerung von Straßenbäumen erreicht und die Gefahr von Überlastungen der Kanalisation bei Starkregenereignissen gemindert wird, stellte DIE LINKE zusätzlich den Antrag bei künftigen Straßenbaumaßnahmen eine wasserdurchlässige Pflasterung der Gehwege zu verwenden. Um die Bedeutung des ÖPNV für die Verkehrswende hervorzuheben, machte DIE LINKE weiterhin den Vorschlag, den Mandatsträgern der Stadt Duisburg anstatt wie bisher Kilometergeld für ein KFZ zu bezahlen, eine Dauerkarte für den ÖPNV zu stellen. Und natürlich darf bei der Linken der Baumschutz

nicht fehlen. So forderte DIE LINKE die Wiederaufnahme der Verpflichtung von Ausgleichspflanzungen oder Ausgleichszahlungen nach Baumfällungen, die ja nach Aussetzen der Baumschutzsatzung nicht mehr genehmigungspflichtig sind. Der Antrag zur Errichtung von Photovoltaikanlagen wurde ohne Diskussion von CDU und SPD abgeschmettert. Unser Antrag das Fahrgeld für Mandatsträger durch Fahrscheine des ÖPNV zu ergänzen, hätte zu einer guten Geste gereicht, doch umso symbolträchtiger ist die Ablehnung durch SPD und CDU. Der Antrag wurde nicht einmal besprochen. Es stellt sich die Frage, warum diese Parteien überhaupt im Umweltausschuss sitzen, wenn sie alles ablehnen

und nicht einmal über Umweltschutz diskutieren wollen? Bei der Diskussion um einen Klimanotstand, hatten SPD und CDU noch konkrete Maßnahmen gefordert. DIE LINKE hat nun einen ganzen Strauß von konkreten Maßnahmen geliefert, der jedoch grundsätzlich abgelehnt wurde. Auch ein weiterer Antrag auf Wiedereinführung einer Ausgleichsabgabe bei Baumfällungen, um den entstandenen ökologische Schäden wieder gut zu machen, wurde, wie unschwer zu erraten ist, ohne Diskussion abgelehnt. Was ist mit der versprochenen Klimaoffensive? Die Realität des Abstimmungsverhaltens holt die Sonntagsreden in Duisburg schnell ein!



Aktuelles aus dem Rat



Rainer Rensmann
Geschäftsführer
der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

Haushaltseinbringung des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister hat sich in seiner Etatrede, wenig überraschend, für die sogenannten Konsolidierungserfolge gelobt. Auch für die nächsten beiden Jahre wird es – laut Haushaltsentwurf – ausgeglichene Haushalte geben. Er hob den Erfolg des Abbaus der Kassenkredite um 430 Mio. Euro hervor und erklärte, dass die Stadt daher nun mehr Handlungsspielräume habe. So werde in Zukunft mehr in Straßensanie-

lich stellt. Dass der Oberbürgermeister diese nun für sich übernimmt ist lobenswert, wirkt allerdings reichlich unglaubwürdig, da es seine eigene SPD ist, die über Jahrzehnte in NRW regierte und mit kurzer Unterbrechung seit 1998 im Bund regiert. Statt leeren Worten sollte die SPD also tatsächlich Taten folgen lassen, um die Kommunen wirklich zu entlasten.

Schulraumerweiterung im Duisburger Norden

Im Duisburger Norden wird nun endlich, nach langem Drängen der Linksfraktion eine zusätzliche Gesamtschule auf den Weg gebracht. DIE LINKE stellte

dass die Umwandlung dem Schulkonsens von einem zweigleisigen Schulsystem mit Gesamtschule und Gymnasium als weiterführende Schulformen, beide mit Option auf das Abitur, entspricht. Außerdem ist die Umwandlung in eine Gesamtschule expliziter Elternwunsch und nicht „Schulleiterinnen –Wille“ wie die CDU polemisch erklärte. DIE LINKE machte weiterhin deutlich, dass eine weitere Oberstufe in Rheinhausen zu einer Erhöhung des Anteils der Jugendlichen mit Besuch der Oberstufe bzw. Abitur führen wird. Damit wird die signifikant niedrigere Quote des Besuchs der Oberstufe im Vergleich zum Landesdurchschnitt und anderen Duisburger



ung investiert und auch die 117 neuen Stellen für die Stadtverwaltung wurden wieder einmal besonders hervorgehoben. Der Oberbürgermeister sprach im Zuge der 117 Stellen von einer jetzt schon feststellbaren deutlichen Verbesserung für die Mitarbeiter*innen und die Bürger*innen. Eine Äußerung die verwundert, da es nach wie vor im gleichbleibenden Umfang unbesetzte Stellen gibt und die Verwaltung nach wie vor massiv unterbesetzt ist.

Erstaunlicherweise hat der Oberbürgermeister neben der bekannten Selbstbeweihräucherung jedoch auch Teile der jahrelangen Kritik der Linksfraktion aufgenommen und sich über die Landes- bzw. Bundesregierung bitter beklagt. Insbesondere fordert er eine Einhaltung des Konnexitätsprinzips und eine auskömmliche Finanzierung der Kommune. Zum Thema Schuldenzins bzw. Altschuldenfond forderte der Oberbürgermeister, dass die Zeit „jetzt oder nie“ da sei, um einen Befreiungsschlag zu tätigen. Dies sind alles Forderungen, die DIE LINKE schon seit Jahren nachdrück-

klar, dass die Einrichtung einer Gesamtschule im Duisburger Norden sehr wichtig ist, jedoch die Planung für entsprechende Erweiterungen der Kapazitäten im Primarbereich fehlen. DIE LINKE hat die Frage gestellt, welche Grundschule mit welchen Klassenstärken an welchem Standort die Kinder im Norden denn besuchen sollen, bevor sie in die Gesamtschule übergehen. Aktuell werden ca. 100 Kinder aus Marxloh per Bus an andere Grundschule gefahren. Dieser Transport hat im vergangenen Jahr 2,8 Mill € gekostet. Und die Zahlen der Eingangsklassen erhöhen sich weiterhin. Daher fordert die Linksfraktion nach wie vor vehement den Neubau von Grundschulen im gesamten Stadtgebiet.

Änderung Sekundarschule in Gesamtschule

Kontrovers wurde die Debatte um die Umwandlung der Sekundarschule in eine Gesamtschule in Rheinhausen. DIE LINKE, SPD und die Grünen sprachen sich klar für eine Umwandlung aus. CDU und Junges Duisburg argumentierten dagegen. Die Linksfraktion machte deutlich,

Stadtteilen z.T. ausgeglichen. Letztendlich gelang es mit den Stimmen von LINKE, SPD und Grünen eine Mehrheit für die Umwandlung in eine Gesamtschule zu erlangen.

Impressum

Herausgeberin

DIE LINKE Ratsfraktion Duisburg,
Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg
Telefon: 0203 / 9 30 86 93
Fax: 0203 / 9 30 86 94
buero@linksfraktion-duisburg.de

V.i.S.d.P.: Mirze Edis, Mitglied des
Fraktionsvorstandes (Anschrift wie
Herausgeberin)

Auflage

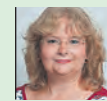
20.000

Satz

Basis Druck, Duisburg

Druck

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH,
Berlin



Carmen Hornung-Jahn
Ratsfrau DIE LINKE Duisburg

Sozialbericht 2018

■ In der aktuellen Ausgabe beschäftigt sich der Sozialbericht 2018 mit dem Thema der Integration. In verschiedenen Feldern werden Handlungsempfehlungen ausgesprochen. DIE LINKE begrüßt diesen Sozialbericht ausdrücklich. Viele der Handlungsempfehlungen sind richtig und wichtig und könnten aus der Feder der Linksfraktion stammen.



Daher wurde der Sozialbericht auch mit den Stimmen der Linksfraktion mit breiter Mehrheit beschlossen.

Allerdings äußerte DIE LINKE auch Kritik. Kritisch sieht DIE LINKE z.B. den Vorbehalt der Finanzierbarkeit und die Tatsache, dass viele notwendige Maßnahmen von vorne herein ausgespart und nicht einmal aufgeführt sind.

So wird beispielsweise der wichtige KiTa-Neubau explizit genannt, von einer entsprechenden Notwendigkeit beim Schulneubau ist allerdings keine Rede.

Darüber hinaus lässt sich teilweise eine unzureichende Darstellung der Daten und somit eine eingeschränkte Aussagekraft feststellen.

Des Weiteren fehlt in der grafischen und tabellarischen Darstellungen die Entwicklung im langfristigen Zeitverlauf.

Insgesamt ist uns der Sozialbericht trotz aller positiven Aspekte etwas zu unkritisch und nicht ambitioniert genug.

Im Rat hat DIE LINKE über die inhaltliche Kritik am Sozialbericht auch darauf hingewiesen, dass es ein eigenständiges Integrationsamt geben muss, um die Integrationspolitik schlagkräftiger zu machen.

Ganz Duisburg in einer APP?!



Christian Flanhardt
Geschäftsstelle der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ **DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg hat in der vergangenen Ratssitzung beantragt, dass die Verwaltung bzw. die DU-IT GmbH eine Duisburg App erstellen soll.**

Die offizielle App der Stadt Duisburg soll Informationen über die Stadtverwaltung, das Rathaus sowie Services für die Bürgerinnen und Bürger bieten. Wir haben angeregt, dass besonderer Wert bei der App auf die Bereiche Bildung, Soziales, Kultur und Sport gelegt werden soll. Kindertagesstätten, Schulen, Jugendzentren, Beratungsangebote, Treffs und Kulturangebote für Jung und

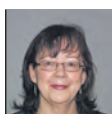
Alt, Spielplätze, Sportangebote usw. sollen übersichtlich und vollständig mit Informationen zu Kontaktdaten, Ort und Angebot ausgewiesen werden. Wir sehen dies als wichtigen Entwicklungsschritt an, da Duisburg sich auf die Fahnen geschrieben hat die Digitalisierung der Stadt voranzutreiben. Die App kann eine wertvolle Ergänzung sein, um die Bürgerfreundlichkeit und Transparenz in Duisburg zu erhöhen. Mit einer Duisburg App hätten die Bürger*innen die ganze Stadt in einer App. Der besondere Fokus der App soll aber vor allem auf die soziale Dimension gelegt werden. Insbesondere Angebote von Vereinen, Verbänden sowie soziale Unterstützungsangebote oder Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements sollen in dieser App übersichtlich präsentiert werden.



Insbesondere für Neubürger*innen und Studierende böte die App somit eine wichtige Informationsquelle. Nachdem im Rat lange über den Antrag diskutiert wurde, versicherte der zuständige Dezernent Martin Murrack, dass es im kommenden Jahr eine App geben wird, die ins-

besondere auch die von uns eingeforderten Aspekte des sozialen, kulturellen und sportlichen beinhalten wird. Somit hat sich unser Druck ausgezahlt und DIE LINKE konnte den Digitalisierungsprozess in Duisburg ein wenig sozialer und bürgerfreundlicher gestalten.

ICAN-Städteappell: Duisburg ist nicht dabei!



Martina Ammann-Hilberath
Vorsitzende der Ratsfraktion
DIE LINKE Duisburg

■ **Zahlreiche Kommunen haben sich bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen, darunter auch die nordrhein-westfälischen Städte Dortmund, Düsseldorf, Herne, Köln und Bochum.**



Das Städtebündnis fordert die Bundesregierung auf, den Atomwaffenverbotsantrag der Vereinten Nationen zu unterzeichnen. International setzt es sich dafür ein, dass die Regierungen jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften unterlassen. Denn Städte sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind sie direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Das Engagement der Städte in Deutschland ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Atomwaffen sind konzipiert, um

Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigen Orte eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner*innen nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürgerinnen und Bürger der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Explizit hat DIE LINKE im Rat beantragt, dass Duisburg sich mit dem folgenden Text an der Internationalen Kampagne zur Abschaffung der Atomwaffen (ICAN, International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) anschließt:

„Duisburg ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellen. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten

Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zum Beitritt auf.“

Der Oberbürgermeister hat allerdings direkt zu Beginn der Ratssitzung erklärt, dass der Rat der Stadt Duisburg keine Verbandskompetenz habe und der Antrag somit nicht behandelt werden kann.

Auch der Hinweis der Linksfraktion, dass Anträge mit gleichem Wortlaut in anderen Räten wie Herne beschlossen wurden, konnte an der Entscheidung nichts ändern. Wieder einmal wurde hier eine gute Möglichkeit verpasst, ein friedenspolitisch wichtiges Signal zu setzen.

